

Werkbungen Lagerblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatl. 5 M. durch
Boten bezogen monatl. 5.50 M. durch auswärtige
Boten monatl. 5.75 M. bei Vorbestellung monatl. 6 M. frei
Haus. Erhöht nach dem nachstehenden. Einzelnummer 30 P.
Postfach-Konto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Köhlerstraße 4.
Für unerbetene Anzeigen werden keine Gebühren erhoben.

Anzeigenpreis Der Tagl. Mittl. Zeitraum 30 Wk. und
der Tagl. Mittl. Zeitraum 30 Wk. 1.—
Die laufende Monatsausgabe wird vom Besteller auf seine
Anzeige in Zahlung angenommen. Abrechnung 30 Wk. Porto
beifolgend. Norm. Anzeigenfuß 11 Wk. vorm. Fernspr. 100.
Erfüllungsort: Merseburg. Belegnummer wird beifolgend

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 207.

Montag, den 5. September 1921.

161. Jahrgang.

Tageschronik

Evolt will mit 320 Millionen Goldmark Deutschland revo-
lutionieren.
Die Unzufriedenheit der Zeitungswörter.
Strefemann will seinen Platz der Rechten.
Französische Fälschungen oberflächlicher Karten.
Der russische Schrecken.

Herr Wirth wirbt für seine Parteipolitik.

In einer vom Wahlkreisverband des Zentrums in der Ver-
liner Stadthalle einberufenen Versammlung hielt der Reichs-
kanzler eine Rede, in der er gegen die Verleumdungen für Erz-
berger Stellung nahm. Er betonte die Notwendigkeit, die Re-
publik gegen Angriffe von rechts zu schützen, und sagte laut
„Berliner Montagpost“: Wir brauchen ein Gesetz und ich will
nicht dafür eintreten, daß es schnell kommt, daß die Erz-
berger Mitglieder, die im politischen Kampfe stehen, nicht
genau wie in England und anderen parlamentarisch regierten
Ländern, das Recht haben, sich zu äußern. Weiterhin würdige
der Kanzler die Verdienste des Ministers Rathenau. Er
schloß mit dem Hinweis, daß Deutschland nur auf demokrati-
sche Grundlagen gefunden könne. Von dieser Politik werde er
in seinen Bericht sprechen. Es sei bereits gegen die Reaktion
ein kraftvolles Mittel ergriffen. Herr Wirth richtete
dann scharfe Angriffe gegen das Christentum. Dieses habe die
Kämpfer der Goldmilitäre sehr erschwert; es habe nicht
politisch, sondern aus Egoismus und Gewinnsucht gehandelt,
da es die Mitglieder der Rechten immer mehr verärgerte, in
der Hoffnung, daß der Döner weiter gehen werde.

Strefemann gegen einen „Block der Rechten“

Die „Berliner Montagpost“ meldet: In einer Rede auf
dem Wahlkreisparteitag Magdeburger-Bezirk der Deutsch-
en Arbeiterpartei erklärte Dr. Strefemann, es sei not-
wendig, daß die Ausgabe neuer Banknoten nicht mehr ohne
Genehmigung des Reichstages vor sich gehen dürfe. Von der
Regierung bestände die Partei unparteiische Anwendung des
Ausnahmeverfahrens, die Herstellung geordneter Verhältnisse
und Stellungnahme gegen die Willkür der Inflationisten.
Er wandte sich gegen den Gedanken eines „Block
der Rechten“, dem eine Unterstützung im Reich und in den
meisten Ländern gegenüberstehen würde, wodurch die Spal-
tung des Reiches in zwei Teile zur Dauerexistenz werden
würde. Es sei nichts anderes als eine Konpromißpolitik
möglich.

Gegen die Zeitungswörter.

Die Vereinigung Großstädtischer Zeitungswörter
bericte, deren Mitglied die demokratischen Parteien Wölfe
und Missetäter, sagte einen gebührenden Beifall gegen
die willkürlichen Zeitungswörter. Sie macht darauf aufmerk-
sam, daß das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften eine
verfassungswidrige Maßnahme nicht nur des Reichs-
regierers, sondern auch seiner redaktionellen Mitarbeiter, An-
gehörigen und Arbeiterstaffel bedeuten kann und in-
folgedessen die Möglichkeit besteht, daß an Stelle der er-
wünschten politischen Verhältnisse die ungewollte Wirt-
schaft in Form einer schweren wirtschaftlichen Erschütterung
eintrifft. Die W. Z. empfiehlt es unter diesem Gesichtspunkt
auch als eine Verletzung des allgemeinen Rechtsverständnisses,
daß ein so schwerer wirtschaftlicher Einzelfall ohne richter-
liche Einspruch, ja sogar ohne die Möglichkeit der Berufung
an eine richterliche Behörde und ohne die Möglichkeit zur
Genehmigung eines Einzelfallentscheidungsbeschlusses durch
unmittelbare Anwendung der Verordnung erfolgen kann.

Deutsch-bayerische Verständigung auf dem Marsche.

Der Beobachtungsausschuß des Reichstages beriet am
Sonntag über die Aufhebung des Besatzungsstatus in
Bavern. Dr. Heberle (Bav. Vp.) stellte fest, daß die be-
züglichen Anträge die Kompetenz des Auswahls übergriffen.
Die bayerischen Verbände von Berlin aus zu reglementieren
sei ausgeschlossen. Reichsminister Dr. Wirth erwiderte mit
Hinweisen auf eine ungenügende und ungewisse Mit-
wirkung in München. Er wolle indes zur Verständigung und Ver-
ständigung zu gelangen suchen. Die Verständigung mit den baw-
rischen Bevollmächtigten, die zur Ausprägung mit ihrer Re-
gierung nach München zurückgekehrt seien, solle am Mittwoch
fortgesetzt werden und man erhoffe eine Verständigung. Man
möge deshalb von einer Verleumdung für heute absehen

Russische Revolutionswühlerei in Deutschland.

Das Pariser „Journal“ sieht sich unter dem 29. August
aus Moskau meldend: Trotz hat in einer Sitzung des Mos-
kauer Sowjets folgendes erklärt:
„Wir haben den Sowjet der dritten Internationalen aus-
scheiden zu müssen, weil in Moskau Teilnehmer unter
Pseudonymen. Hier erwartet uns der Unter-
gang! Um uns zu retten, brauchen wir eine feste
Basis in Europa, und das kann nur Deutschland sein,
wo wir um jeden Preis die Revolution zum Ausdruck
bringen müssen. Wir werden am 15. September 320
Millionen Gold- und erprobte Kämpfer in das Ruhrgebiet
nach Essen und nach Emschen schicken. Wir sind uns
darüber klar, daß wir „va banque“ spielen, aber wir können
nicht anders handeln!“
Das „Journal“ ist weit davon entfernt, Sympathie mit
rechtschenden deutschen Kreisen zu haben; mit der Deut-
schen, daß es sich um Erbschaften handelt, ist die
sehr ernsthafte Werbung also nicht abgetan. Die deutsche
Regierung, die jedoch alle ihre Kräfte gegen die russische
Konzeption, sollte dieser Gefahr an der russischen
Grenze und die so sehr notwendige Aufmerksamkeit
schenken.

Zeitungsverbot und -Freigabe!

Königsberg, 3. Sept. Auf Grund der Verordnung des
Reichsregierers ist die „Vorkämpfer“ der Revolution
durch Verfügung des Polizeipräsidenten verboten worden.
Halle, 3. Sept. Der „Sallefischer Anz.“, die wegen
Abdruck der Ausführungen des Reichsregierers ver-
boten worden war, ist auf ihre Verfassungen beim Minister
der Reichsjustiz zum Wiedereintritt in den Verkehr
erlaubt worden.

Die preussische Regierungsbildung.

Das Berliner Organ des Zentrums, die „Germania“, er-
klärt zur Frage einer Umgestaltung des preussischen Kabinetts:
„Eine einseitige Ernennung der Reichsminister nach
links hat Ministerpräsident Staerwald bekanntlich
immer abgelehnt und, sowie wir unterrichtet sind, Recht er-
auch heute noch auf dem Standpunkt, daß nur eine breite
Koalition der Mitte von den Reichsministerstellen
bis zur Deutschen Volkspartei in Preußen die Möglichkeit
bietet, die dringenden sozialen Aufgaben zu lösen.“
Dazu bemerkt die „Voll.“: Der Kommentar, den die
„Soz. Anz.“ an diese Redeurng bringt, zeigt, daß der Zeit-
ungsminister der Sozialdemokratischen Partei, der aber
keinen Zeit verhalten will, durch die so die Sozialdemo-
kratie im Stillstand aus der preussischen Regierung hinaus-
manövriert hat.

und später Stellung nehmen. (Das sieht einem Nützigen der
Berliner Regierungsbildung sehr ähnlich.)

Interessant war auch eine Erklärung des vormaligen
Abgeordneten Dr. Kahl in Bezug auf seine Freitagsaus-
sagen. In der Presse seien sie einseitig, Dr. Kahl wieder-
holt sein Bekanntnis zum Schutze der Reichs-
fassung und um dies auch ausdrücklich im Namen und im
Auftrage von Vater- und Dr. Strefemann. Auch wie
vor betont er seinen grundsätzlichen monarchisti-
schen Standpunkt. Dieser habe aber nichts zu tun mit
dem Verbot, in die Weimar Verfassung Verfassung ge-
gen jede gewalttätige Veränderung zu schützen. Das
sei von Anfang an sein persönlicher Standpunkt, der
Verbot gegen die Verfassung der Reichs- und Reichs-
verleumdung. Die Vernehmung des Dr. Kahl zeigt, daß er
unter der Einwirkung der Straßendemonstrationen in einem
republikanischen Weltanschauung gelangt ist, welche
er als lächerlich zurück. Die Straßendemonstrationen im-
portieren ihm überhaupt nicht. Er mache Politik nicht auf der
Straße, sondern dort, wo sie hingehört. Die Verantwortlichkeit
seiner Partei gegenüber der jetzigen Verfassung, sei ebenfalls
eine härtere, als seinerzeit die Treue der Sozialisten aller
Schattierungen gegenüber der Reichsverfassung von 1871. Die
Erklärungen des Reichsministers über den betrieblenden Ver-
lauf der Verhandlungen mit Bayern begriffe er.
Der Ausschuss vertrat die sich nach weiterer Debatte auf
den nächsten Freitag, es seien die Verhandlungen
zwischen der Reichsregierung und Bayern abzuwarten werden.

Generalfreigabe in Nürnberg.

Nürnberg, 3. Sept. In der Nachmittagsitzung der Be-
triebsrat der großen Industrieunternehmen wurde be-
schlossen, auf einen neuen Generalfreigabe hinzuwirken
als Mittel zum Zweck, um die Regierung zur Zurück-
gabe. Man will damit verbunden, die bekannten sozialistischen
Forderungen zu verwirklichen. Das Hauptziel soll sein die
Wiederherstellung des früheren Zustandes.

richtung einer nordbayerischen Republik. Auffallen ist, daß
diese Unzufriedenheit nicht von den Parteiführern, sondern von
den diesmal nur vorgeordneten Betriebsräten aus-
geht. Man glaubt offenbar nach den Erfahrungen des letzten
Generalfreigabe, nach der Ermordung des Abgeordneten Geyer,
daß die Masse nicht mehr hinter ihren Parteiführern steht und
versucht es deshalb diesmal auf dem Wege über die Betriebs-
räte. Um die Arbeiter über diese neue Unzufriedenheit hinweg-
zuführen, will man ihr als Opfer u. a. folgende Versprechungen
machen: 100 Prozentige Erhöhung des Lohnes
und Gehalts, völlige Steuerfreiheit der Einkünfte
bis 24 000 M. und der Vermögen bis zu 100 000 M.

Die Aufbringung der Goldmilitäre.

Von zuständiger Seite wird dem B. Z. mitgeteilt:
„Die „München-Anzeiger“ schreiben, daß die Regierung be-
absichtigt, die Zahlung der August-Militäre der
Reichsregierung nicht weniger als 53 Milliarden
Papiermark zu leisten. Sie verbindet damit in typi-
scher Weise die Forderung der Reichsregierung
und spricht von einem Bankrott der „linksorientierten“
Einkaufspreise.
Die Zeitung trägt den Stempel der Gründung in den
Augen jedes Urteilfähigen an sich (1). Es sei jedoch noch aus-
drücklich festzustellen, daß die für die Zahlung der ersten Mil-
litäre tatsächlich aufzubringende Summe nur einen Bruchteil
der angegebenen Mittel beträgt. Die Wahrheit ist ein
Wortspiel, daß eine gewisse Menge von militärischen
Angelegenheiten der Reichsregierung die eigenen Verbände,
die Verwirrung zu stiften und das Ansehen der Reichsregierung
zu untergraben.“
Weiterhin ist, daß die wirtschaftliche Papiermarken in
dieser unruhigen Zeit nicht ausreicht wird, drei Viertel
der ersten Militäre sind bekanntlich auch ein „Angebot“.
Warum diese Geheimhaltung, wenn unsere Finanzverhältnisse
ein gutes Gewissen und angemessen entzündende Zahlen zu
haben haben?

Neue kommunistische Wühlereien.

Neue Unruhen unter der Arbeitererschaft sucht ein komm-
unistischer Aufruf zu einer Demonstration am 10.
September der bevorstehenden. Am 10. September sollen dann
in ganz Deutschland die Hand- und Kopfarbeiter
(1) für die Dauer von 24 Stunden die Arbeit mit Ausnahme
der Notwendigkeiten ruhen lassen, um ihre Gefühlsfreiheit
zum Ausdruck zu bringen. Alle Arbeiter, Angestellten und
Beamtenorganisationen sollen ihre einheitlichen Forderungen
bis zum 18. September beifolgend und alle diejenigen zum 19.
September zum Ausbruch anrufen, deren Forderungen bis
zu diesem Tage nicht bewilligt worden sind. Bei diesem Aufruf
handelt es sich lediglich um die kommunistische Forderung, die
den Kampfmaßnahmen am 1. und 2. September an vielen Orten
gebildete Einheitsfront der sozialistischen
Parteien und großen Gewerkschaftsverbände zu einer
neuen gemeinsamen politischen Aktion zu führen.

Der rollende Kubel.

Der Berichterstatter der „Ostpreussischen Zeitung“ in Row-
no berichtet von durchaus unerwarteter Duelle, daß von Mos-
kau der ersten August 200 Millionen Rubel an Geld
für die kommunistischen Propaganda in Berlin und Leipzig
in Berlin und Leipzig anzuweisen wurden. Ein Kubel
der Bolschewiken, der bis jetzt in Zensuren aufgehalten
hat, wird voraussichtlich zur Unterstützung des russischen Pro-
pagandabüros nach Deutschland kommandiert. Der Leiter
der russischen Propaganda in Deutschland, der unter dem Na-
men Zensur unter den Dokumenten figuriert, ist beauftragt,
mit großer Beachtung eine kommunistische Bewegung
herbeizuführen und diese auch auf die antimoskowschen
Kreise der Arbeiterbewegung zu übertragen.

Polen rüstet zu einem Gewaltstreik.

Polen rüstet zu einem Gewaltstreik.
Nach dem Breslauer „8-Uhr-Abendblatt“ werden zurzeit
aus der 7. polnischen Division 14 Bataillone, nach Sosnowice
transportiert und mit den dortigen Infanterien ver-
einigt. Die Mannschaften sollen jedoch in Zivil einge-
kleidet, über die Grenze nach Oberschlesien geschickt und in
Stützpunkten eingeteilt werden. Die 7. und 11. polnische Di-
vision sind zur gegenwärtigen Bataillone zusammengezogen. Zu
dieser Bataillone-Division tritt noch die 6. polnische Division,
die bereits von Krakau her im Anmarsch ist. An der 6. Division
gehören folgende Truppenteile: Infanterie-Regiment 56, 57,
21, 41, Kavallerie-Regiment 2, 9, Feldartillerie-Regiment 6,
10. Jedes Infanterie-Bataillon verfügt über eine bestimmte
schwere Maschinengewehr-Kompanie. 3 polnische Bataillone
sind in Sosnowice, 2 in Katowice, 2 in dem deutschen Gebiet,
bereits eine besondere Telefonverbin-

nung, die der militärischen Leitung diesseits und jenseits der Grenze zur Bestimmung zuzuführen ist.

Im englischen Hauptquartier in Tarnowitz ist man überzeugt, daß Polen zu einem gewalttätigen Aufstand bereit ist, und ist darüber außerordentlich ungeduldig, daß im Verhältnis zu den französischen Bedingungen die englischen viel zu gering sind. Man weiß, daß im Falle eines neuen Vorkommnisses auf die Franzosen sein Verlaß ist.

Wundauernde Maschinerie in Oberschlesien.

In Pilsa bei Ratibor wurde der Nacht zum Sonnabend der Bahnhof von sieben polnischen Banditen überfallen, die den Bahnhof ausrauben wollten. Die Eisenbahner verjagten die Banditen, und ein herannahender Zug verfolgte sie. In Tschowitz drangen drei ehemalige Insurgenten in die Werkstatt eines Wagens ein und schloffen den Verschieber in den Hinterbau. Der Verschieber wurde in das Maschinenhaus gebracht. Es handelt sich anscheinend um ein polnisches Attentat. In Wroclaw bei Tarnowitz wurde in der Riegellei ein Bomben aus den Engländern eine große Menge Waffen, Munition, Maschinenwägen und dergleichen aufgefunden, die aufgefunden worden sind. Die Polizei hat die Wägen beschlagnahmt und in der Riegellei verladen. Ganzpol wurde verhaftet.

In Wroclaw wollte der polnische Bürgermeister ein Verbot erlassen, das die bisherige polnische Gemeindeverwaltung haben. Die polnischen Parteien lehnten aber diesen Antrag mit aller Entschiedenheit ab, auch ein polnischer Stadtrat, der unter der Woche sich drückte und betonte, daß das Verbot der Gemeindeverwaltung sehr zu wünschen sei. Aus Katowice werden große Beschlagnahmungen gemeldet, die die Polizei in Katowice gemacht hat. Die Polizei hat auch viele französische Offiziere gefangen genommen. Die Gemeindevorstände sollen den Wahlen fast überall sicher sein. Dabei wurde festgestellt, daß während des letzten Russischen 16 polnische Führer mit 32 Millionen deutsche Mark durchgegangen sind. Waffen seien reichlich vorhanden und würden auf den Franzosen ergossen werden.

Maura für Lloyd George.

„Action“, das Organ des Ministerpräsidenten, bringt einen weiteren Artikel über Oberösterreich, der sich gegen die Forderungen des „Action“ richtet, und ausführt, England und Frankreich hätten sich in dieser Frage schroff gegenüber. Die neutralen Mächte müßten für einen von ihnen Partei ergreifen. Die Gewerkschaften und das Interesse Europas erheben das Eintreten für den englischen Standpunkt. Spanien wolle eine rechtliche Entscheidung und sei deshalb für England bestrebt. Außerdem habe Spanien das gleiche Interesse wie England daran, daß die wirtschaftliche Existenz Deutschlands gesichert bleibe.

Französisch-polnische Schiedsungen?

In einem Leitartikel schreibt „Daily Telegraph“, daß Karten, auf die sich der Oberste Rat bei der Erklärung der oberösterreichischen Frage gestützt und die er dem Völkerbund unterbreitet habe, in wichtigen Einzelheiten fehlerhaft seien. Einige Bezirke in Oberschlesien mit einer großen deutschen Mehrheit seien auf diesen Karten als überwiegend polnisch bezeichnet worden und umgekehrt. (Umgekehrt? D. Red.) Das Blatt schreibt: Solche Dinge hätten in der erregten Atmosphäre von Paris und London vorkommen können; wenn sich China, Spanien, Brasilien und Belgien an die Arbeit machten, so würden sie zuverlässigere Dokumente vor sich haben.

Konkurrenz über die deutsch-englischen Handelsbeziehungen.

Der Londoner „Observer“ hört aus Wiesbaden, daß die Konkurrenz um den Markt in Ostpreußen für den nächsten Zukunft nichts Annehmliches hoffen, als das Deutschland mit England ein ähnliches Abkommen wie das Wiesbadener abschließt. England selbst sieht sich über die Satzung, die es zur Wiesbadener Übereinkunft einbringen soll, noch nicht klar zu sein und betrachtet sie bisher mit einem tadeln und einem weinenden Auge.

Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen.

Es verläuft zuverlässig, daß die Verhandlungen zwischen Amerika und den alliierten Staaten über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem besetzten Rheinland vor ihrem Ende stehen. Man ist sich, wie unser Berliner Vertreter hört, nur noch nicht einig, durch wen die amerikanischen Truppen abgezogen werden sollen, da Amerika größtes Interesse daran hat, bei einem solchen Aufzuge nicht durch Frankreich oder irgend einen anderen Staat kontrolliert zu werden. Die Gefahr liegt selbstverständlich außerordentlich nahe, daß Frankreich versuchen wird, das Oberösterreich mit dem Auslande zum Teil zu unterwerfen und so führen, um das Besondere für sich zu beanspruchen. Amerika will die französischen Interessen am Rhein aber nur so weit unterstützen, als es selbst Vorteile daraus ziehen kann. Demnach wird mit der Prüfung der oberösterreichischen Frage sich vieles hinsichtlich der Kontinentalfrage in deutschen Wesen klären, so daß mit einem baldigen Abschluß der Verhandlungen zu rechnen sein dürfte. Zu beachten wäre der Widerstand der amerikanischen Truppen nicht nur aus Gründen des bereits abgeschlossenen Friedensvertrages, sondern auch wegen der hohen Kosten, die sich aus der Bewehrung der Röhre in Dollar ergeben müssen.

Die Abrüstungsfrage vor dem Völkerbund.

Am 5. September. Die Abrüstungskommission des Völkerbundes hat am 5. September mit allen neuen Mitgliedern von Joubert vorsechlagene Plan angenommen, der die sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz vorschlägt, die sich dem Bestreben über die Einsetzung einer Kontrolle der Bewaffnungsfragen beschäftigen soll.

40 000 Flugzeuge in Frankreich.

Paris, 5. Sept. Die französische Luftschiffahrt wird im nächsten Jahre über mehr als 40 000 Flugzeuge verfügen. Werden die jetzigen Pläne angenommen, würde die Zahl der aus 286 Regimenten mit je zwölf Maschinen bestehen. Die Flugzeugfabriken sind bereits fast beschäftigt. Auch für Japan und Amerika liegen viele Aufträge vor.

Beiräte Lohberger in Paris.

Paris, 3. Sept. Habas teilt mit: Betroffen von der gausamen Laffage (1), daß Frankreich in Gemäßheit der finanziellen Vorschläge der internationalen Kommission vom 13. August von den ersten deutschen Goldmilliarde

nicht erhalten soll, war der Minister einmütig der Ansicht, daß neue Verhandlungen möglich seien. Auslegungen, die auf gewisse Klauseln des Vertrages und das Ueber-einkommen von Spa sich beziehen, werden als Verhandlungs-basis dienen. Ein unrichtiger Streifen bemerkt man, daß die französische und die deutsche Ansicht über den Wert der Saargruben fast aus einander gehen und es unmöglich machen, diese Werte auf das Reparations-konto zu buchen, obgleich Frankreich Interesse daran hat, die Saargruben auf seine eigene Rechnung auszubauen. Wenn wirklich eine gerechte und endgültige Abklärung zustande kommt, so würden doch die gleichen Schwierigkeiten über die Abklärung der Schiffe bestehen. Man denkt zur Lösung dieser Fragen nicht daran, den Obersten Rat zu Hilfe zu nehmen, sondern ist der Meinung, daß die in der Frage unrichtigen Minister eine neue Sitzung in London abhalten können, auf der Dommier und Loudeur Frankreich vertreten würden.

Der Dokumentenschwindel der „Zea Nazionale“

Rom, 4. Sept. Die Klärung des angeblichen deutschen Dokumentenschwindels Stueder, der soviel Staub aufgewirbelt hat, hat mit dem Siege der deutschen Reichsregierung ein Ende gefunden. Vor dem Prüfungsausschuss der Reichsregierung mußte die passivistische „Zea Nazionale“ anerkennen, daß sie das französische Dokument nicht besitzt. Sie will eine Kopie von einem jüdischen Mann erhalten haben, der die Uebersetzung auf den deutschen Gelehrten, wo er sie finden ließ, gemacht hat. Ein Teil der Presse verlangt die Ausweisung des Direktors der „Zea Nazionale“, Professor und Deputierter Alfred Rocco, aus Prese und Parlament. Die Anklage wird noch ein parlamentarisches Nachspiel haben.

Ungarische Absichten.

Die amtliche Brauer Presse meldet, daß der Oberste Rat in den Besitz von authentischen Dokumenten gekommen sei, aus denen hervorgeht, daß die ungarische Regierung geplant habe, im Zusammenhange mit dem westmährischen Franco die Neutralität Ungarns wiederherzustellen, um die gleiche Aufstandsbewegung in der Slowakei, in Siebenbürgen und in den Ostslawien abzutreten Gebieten hervorzuheben.

Ungarn bleibt bei seinem Widerstand.

Die ungarische Regierung hat sich mit einer Note an die Entente gewandt, worin sie mitteilt, daß sie an ihrem bisherigen Standpunkt festhält und bittet, ihre Ansprüche auf eine durch das internationale Recht gesicherte Hilfe zur Geltung bringen zu dürfen. Sie teilt gleichzeitig mit, daß sie nur eine solche Lösung, die die Abhängigkeit der ungarischen Oesterreichs schließt und für deren Erfüllung Garantien bietet, annehmen könne und solange die Punkte II und III bestehen werde.

Das Werk der bolschewistischen Tscheka.

Rosow, 3. Sept. Ein heute hier einsetzender russischer Kämpfer stellt die Aufgabe des Sumnerkomitees als einen ersten Schritt der Tscheka, der beständigsten außerordentlichen Kommission, über die Sowjetregierung, dar, die gegen die Aufstände arbeiten sei und sogar die Immunität der Mitglieder des Sumnerkomitees von der Tscheka aufgehoben habe. Aber anerkannt wurde, daß von der Tscheka keine Befugnisse zu befehlen. Die bereits vorhandenen Befugnisse innerhalb der kommunistischen Partei sollten sich auf das Recht des Kommissars beschränken. Man hat angedeutet, daß die Tscheka die Aufgabe der Sumnerkomitees durch die bolschewistische Regierung geleistet werden sollte. Dazu wird, aus dem Bericht, daß das Internationale Komitee des Roten Kreuzes Kaufens Ermahnungen mit Moskauer nicht erfüllt habe. Kaufens habe sein Mandat überschritten.

Unerhörte Leiden des russischen Volkes

Lloyd Gibbins telegraphiert der „Chicago Tribune“ aus Samara vom 2. August: „Ich schätze die Zahl der von der Hungersnot betroffenen Bevölkerung auf 40 Millionen, davon 15 Millionen schwer leidend. Eine Million hungernde sind zum Tode verurteilt, trotz aller Hilfsmaßnahmen. Ich habe in acht Tagen 2000 Menschen auf allen Verkehrsmitteln durchgesehen. Die Szenen, die sich in den Städten und Dörfern abspielen, heißen jeder Beschreibung. Gibbins gibt dann die ausführliche Schilderung der Leiden der Bevölkerung. Er kommt zu dem Schluß, daß es so aus wie unmöglich sei, die Leiden der Bevölkerung wirksam zu lindern. In einzelnen Stellen seien die Leiden bereits zu schmerzhaft, um sie zu bezeichnen. Das Fehlen der einfachsten hygienischen Maßnahmen leidet der Bevölkerung von ansteckenden Krankheiten den größten Schaden. Mangel und Darmkrankheiten, die durch verdorbene oder sonar veraltete Nahrungsmittel hervorgerufen werden diktiert die Bevölkerung. Neben Cholera tritt Typhus in großem Umfange auf.“

Die Antwort der Frey an Lloyd George.

London, 4. Sept. Die irische Antwort, die heute bekanntgegeben worden ist, erklärt, daß das Volk Irlands keine freiwillige Union mit England anerkenne und das fundamentale natürliche Recht in Anspruch nehme, frei für sich selbst zu wählen, um sein nationales Geschick zu verwirklichen. Die Frey hätten sich mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit ihrer Republik erklärt und diese Entschlüsse mehr als einmal bekräftigt. England handle, als ob Irland durch den Abschluß einer Union mit ihm verbunden wäre, die eine Trennung verbiete. Gestützt auf diese Theorie nähme die Regierung und Parlament in England das Recht in Anspruch, für Irland zu bestimmen und ihm Gesetze zu geben, selbst bis zu dem Grade, daß sie das irische Gebiet gegen den Willen des Volkes teilen und leben irische Bürger, der die Unannehmlichkeit abgeben, lösen oder ins Exil schicken werden. Die Frey schlagen als Grundvor: Eine Regierung mit Einwilligung der Irischen, welchen Standpunkt die Engländer immer als einen desillierten Standpunkt für sich in Anspruch nehmen. Dieser Grundvor ist die einzige Grundvorlage für die Beratungen der englischen und der irischen

Beiräte. Auf dieser Grundlage sei Irland bereit, sofort Bedürfnisse zu erfüllen.

Arbeitslosen in London.

In der Londoner Vorstadt Bethnal brachen Unruhen aus, die den ganzen Tag dauerten. Die Arbeitslosen, die eine größere Gebührentilgung forderten, besetzten die Gebäude der Fürsorgebehörde und erklärten dem Verwalter, daß sie den Platz nicht räumen würden, bevor ihnen viel nötigere Unterhaltungen gewährt würden. Die Verwalter blieben die ganze Nacht auf dem Posten und die Arbeitslosen mußten schließlich abziehen.

London, 5. Sept. Das Oberste Gericht hat die Polizei, 30 Mitglieder des Munizipalrates von Woblar (Arbeiter-Viertel Londons) zu verhaften. Achtzehn sind bereits verhaftet worden, darunter Kabsburg, Senaubecker der Arbeiterzeitung „Daily Herald“. Fünf weitere Munizipalratmitglieder sollen morgen verhaftet werden. Das oberste Gericht hat die Festnahme verurteilt, weil die Munizipalratmitglieder sich weigerten, gewisse lokale Steuern einzulösen, unter dem Vorwand, die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung habe die Art des örtlichen Steuerzahlers von Woblar verfehrt. Die Verhandlungen wurden in völliger Ordnung durchgeführt.

Abessinien begehrt auf.

London, 5. Sept. Abessinische Kräfte liefern in maßloses Kolonialgebiet ein. Die Engländer würden vor ihnen zurück. Die Lage ist ernst.

Die Schulden der Alliierten an Amerika.

Seit offizieller Mitteilung des amerikanischen Finanzministers betragen die Zinsen der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten 934 524 000 Dollars, wovon 670 000 Dollars an Zinsen bereits bezahlt wurden. Die nächste Zahlung der Zinsen wird am 15. April 1922 stattfinden.

Wieder ein amerikanischer Botschafter für Berlin.

Paris, 4. Sept. Einer Meldung aus Washington zufolge ist der bisherige Gesandtschaftsrat in Berlin, Dreifeld zum amerikanischen Botschafter ernannt worden.

Die amerikanischen Juristen

sehen den internationalen Gerichtshof ab. Aus London wird gemeldet: Die gesamten amerikanischen Juristen haben eine Resolution zum Mitgliebes des Internationalen Gerichtshofes des Völkerbundes abgelehnt.

In den Arbeiterkämpfen in Virginia.

Ein Telegramm aus Vorgan (Virginia) meldet, daß die Kämpfe in der Bergwerksgewerkschaft in ganz Virginia angedauert haben. Die Streikenden zogen die Polizei in ihre Mäntel. Beim Eintreffen neuer Verstärkungen seitens der Polizei wurde der Kampf mit sehr großer Erbitterung aufgenommen. Die Polizei konnte die Streikenden waren mit Wasserkanonen auszurufen. Auf beiden Seiten sind große Verluste zu verzeichnen. Außerdem meldet ein Telegramm aus Washington, daß Bundespräsident den Befehl erteilt, nach der Bergwerksgewerkschaft abzurufen.

Uns Stadt und Umgebung

Dorf- und Gemeindefest des Schrebervereins „Nord“.

* Der jüngere Wetter heute gestern die „Schreber-Garten-Nord“ ihre diesjährige Obst- und Gemüseliste ab. Gegen 3 Uhr eröffnete ein Gartenkonzert dieselbe, während dessen die zahlreichen erschienenen Gäste sich die zum Schluß geführten Gesänge, sämtlich von den einzelnen Schreber-Gärtnern“ anstellten, anhöhen. Während des Konzertes war für Sing und Alt für Unterhaltung gesorgt. Während sich die Kinder bei Spielen und Spiel verhielten, bestanden sich die Herren beim Freischießen. Gegen 6 Uhr, nachdem die Präsentation der Gärten durchgeführt war, bestellte Herr Felle 1. u. 2. Hof, des Schreber-Garten-Vereins Schreber, das Bestat und überaus die Preise an die einzelnen Gartenbesitzer. Sodann machte er kurze Ausführungen über den Stand der Gärten. Die Preise bestanden in Gartenereignissen wie Blumen, Karten usw., die vom Verein oder Nachbarn vereinen gesendet waren, sowie Obstbäume usw. Herr Felle schloß mit einer Rede der Schreber-Garten-Verein an. Er dankte den Mitgliedern des Ehrenvorstandes Schreber-Garten-Vereins für die Mühe bei der Prämierung und forderte die Mitglieder nicht prämierten Mitglieder auf, im nächsten Jahre weiter tüchtig zu arbeiten und die Schreber-Gärten zu pflegen und sich die mit Preisen bedachten Mitglieder als Vorbild zu nehmen. Nach einem dreiminütigen Gedächtnis an „Hut Grün“ der Schreber-Garten-Verein schloß die Ausgabe der Briefe an den Verlosungsausschüsse sowie ein abendliches Beisammensein auf und beendete die Schreber-Garten-Nord“ und die Freunde und Gönner der Gärtnerei für den letzten Abend.

Bekehrung des Herbergsbergens.

* Zur Bekehrung von Zeurenfällen werden die steuerpflichtigen Betriebsinhaber (Inhaber von Gastwirtschaften, Pensionen, Fremdenhöfen und privaten Sanatoriumsvorständen) darauf aufmerksam gemacht, daß die Ordnung des Herbergsbergens vom 28. 7. 21 mit dem Ende der Betriebsinhabung im nächsten Monatsblatt mit dem 2. 9. 1921 in Kraft treten ist, und daß die danach zu entrichtende Behergsbergsteuer bereits von diesem Tage ab gezahlt werden muß. Die steuerpflichtigen Entschädigungen sind in einem Fremdenbuch nach vorbestimmten Winkeln, welches im Endbestimmten Behergsberg 1. erhältlich ist, einzutragen. Weitergehende Hinweise ergeben in den in Folge zur Veröffentlichung kommenden Ausführungsverordnungen. Gleichzeitige werden die Inhaber von Gastwirtschaften, Pensionen, Fremdenhöfen usw., sowie die Sanatoriumsvorstände der steuerpflichtigen Privatwohnungen aufzufordern, binnen 8 Tagen, vom Tage dieser Bekanntmachung ab gerechnet, dem Stadtkassamann hier, Hauptstraße 1, unter Angabe der genaue Verzeichnis des Betriebsinhabers mitzuteilen, in wieviel Zimmern zur Behergsbergung von Fremden dienen, 2. Welche Anzahl Betten zu dem gleichen Zweck zur Verfügung gehalten werden, 3. Ob es sich um einzelne Zimmer oder um ganze Wohnungen handelt, 4. Welcher Preis für je ein Zimmer oder eine Wohnung zur Zeit des Auftrages der Behergsbergung festzustellen ist, 5. Ob die Preise für je ein Zimmer oder eine Wohnung zur Zeit des Auftrages der Behergsbergung festzustellen ist, 6. Ob die Preise für je ein Zimmer oder eine Wohnung zur Zeit des Auftrages der Behergsbergung festzustellen ist, 7. Ob die Preise für je ein Zimmer oder eine Wohnung zur Zeit des Auftrages der Behergsbergung festzustellen ist.

Die Entschädigung der Kriegsbekämpfung für die Anwesenheit der Behergsbergung, soweit es noch nicht entschieden ist, befindet sich nicht bei der Stadtkasse, sondern bei der Reichsversicherungsanstalt ein, sondern falls

Teuerung — Steuern — Lohnkämpfe.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die Ausnutzung der letzten wirtschaftlichen Tage für die politischen Zwecke der Entente...

„Nicht soll der Arbeiter an allem Schuld sein, die Landwirtschaft, der freie Handel und die Handelspartien. Hat denn nicht das vollständige Scheitern der staatlichen und kommunalen Verwaltung...

Daher wird dieses Jahr trotz der Dürre beim Getreide wenigstens noch mit einer guten Mittelernte rechnen können, ist vor allem auf die wertvollsten Aufwendungen an Anstehender zurückzuführen, die der Landwirt in der Hoffnung auf die freie Wirtschaft gemacht hat...

Die Einkünfte werden auf diese Weise, verschoben die Gründe und Zusammenhänge und wollen nun mit dem Gedere von agrarischen Wucher den Boden für einen bevorstehenden Wahlkampf vorbereiten...

Bezeichnend ist ferner ein Satz aus dem „Vorwärts“, der neulich nach Darstellung der Steuerforderungen schrieb: „Und deshalb müssen wir schon künstliche Staatsentnahmen verüben, wo die gegenwärtigen noch nicht ausreichen, um das eigene Reichsdefizit zu decken.“

zu schlagen. Hierbei geht neben vielen anderen auch der Aufbaue der Landwirtschaft, die bei vernünftiger Förderung und bei Sicherstellung des jetzt schon reichlich gefährdeten Wertes...

Eins ist allerdings Voraussetzung: Der Kampf um Steuer- und Teuerungsmassnahmen darf nicht zur Inangabe von teilsfälscher Massen- und Massenbewegungen ausgeschlagen werden.

Nicht man die Preis- und Lohnverhältnisse in anderen europäischen Ländern zum Vergleich heran, so entsetzt der Eindruck, daß die allgemeine Entwicklung zu einem Ausläufer freibt. In England, Frankreich und Italien gehen die Preise...

Wird derselbe Fall man bei Beurteilung der anstehenden Verhältnisse, daß diese Lasten nicht vor uns zum Abbau der Anstandsverhältnisse geschritten sind, und daß wir in der dortigen Senkung der Lebenshaltungskosten bereits die Auswirkung einer freien Wirtschaft sehen müssen.

Der Kommunistenterror in Deutschland.

Ein neuer Mordfall kommunistischer Revolverkriminalität auf eine kommunistische Feiertag.

Berlin, 3. Sept. Auf einem blutigen Mordfall kam es heute Nacht in Straßau auf einem Familienabend der Tochter Verena.

Mitglieder des Selbstschutzes, die die Kesseltrommel zur Bedrohung eines unangenehm reichlichen Erbes erheben hatte, forderten die Eindringlinge auf, die abschließende Gesellschaft zu verlassen.

In den Saal hineingeworfen.

Unter falscher Flagge.

Roman von M. B. H. H.

Gespinnst blühte er auf seinen Gastfreund, in neuerlicher Erwartung dessen, was Volkhard nun beginnen werde. Der logenante Bauführer aber war unerwartend eine Weile sehr widerwilliger Empfänger.

„Und der Mensch dort?“ sagte Volkhard. „Ein Lagerband vermutet, ein Handfischer, der sich hier ein Nachquartier suchen wollte? Geh, um jemanden von der Dienerschaft zu wecken, Angela! Man soll nach der Gendarmerei telephonieren, damit sie den Mann in sichere Verwahrung nehmen!“

Der Mann mit dem weiten Haar war einen Schritt näher gekommen, und wieder kam das rauhe, böhmische Lachen, das vorhin seine Anwesenheit verraten hatte, aus seiner Kehle.

„So ist es richtig! Eine ausgezeichnete Idee, Volkhard, nach der Polizei zu schicken und mich festnehmen zu lassen! Ich bitte dich dringend, Angela, den väterlichen Befehl ohne Zögern auszuführen! Ich verspreche, daß ich mich bis zur Ankunft der Gendarmen nicht vom Fleck rühren werde.“

„Ja, jetzt erkenne ich Sie! Und ich habe Mißleid mit Ihnen! Ich will nicht vergessen, daß es mal eine Zeit gegeben hat, wo Sie ein anständiger Mensch waren!“

„Ah — wirklich? Wollen Sie mir diese Gnade erweisen? Sie sind wahrhaftig die Güte selbst, Herr Volkhard! Und ich bin aufrichtig froh, das zu erfahren, was ich mal eine besondere Ehre, das gerade aus solchen Munde anerkannt zu sehen! Lieberging — da Sie, wie ich sehe, nicht allein sind, habe ich wohl die Verpflichtung, mich vorzustellen!“

„Und indem er sich in der tadelloser Haltung eines Mannes von Welt gegen den Baron wandte, sagte er mit leichter Verbeugung:“

„Hoff von Bismarck, Oberleutnant außer Dienst.“ In höchster Ueberachtung war Volkhard aufgesprungen. Fürwahr, in dieser Nacht häuften sich für ihn die großen Uebererfahrungen wie nie zuvor in seinem Leben!

„Ich habe ja schon den Verdacht, Sie zu kennen, Baron Volkhard, wenn Sie sich auch möglicherweise nicht mehr recht erinnern oder nicht erinnern wollen! Und es geschah, um ganz offen zu sein, Erpitzwegen, daß ich mir die Freiheit nahm, ungebunden und unangemeldet hier einzutreten. Ursprünglich hatte ich dabei freilich noch eine andere Absicht. Und ich brauche gar kein Geheimnis daraus zu machen.“

und fortgesetzt mit großen Steilen geordnet, so daß auch nicht ein Fenster hell blieb. Zum Schluß brachen die Kommunisten um Sturm vor. Die beiden Vorstandsmitglieder im Saale mußten sich ergeben und durch die Reihen der drückend stehenden Kommunisten, die mit Säbeln auf sie einströmten, Siekranten laufen.

Die Kommunisten trauten dann den Verwundeten das Geld und

Erst als die Schützposten erloschen, räumten sie das Feld. Nur einer konnte verhaftet und nach der nächsten Polizeidivision geschickt werden, wo auch die Verwundeten Aufnahme fanden.

Bessere Umständen Ausstellungen.

Berlin, 4. Sept. Nach dem Mitter des Straßauer Ueberfalls wurde gestern Abend das Bollatitätsfest des Ver. Anstehenden Vereins ebenfalls Anzeigefest mit dem Anstehenden gefeiert. Zahlreiche Personen wurden durch Schießereien und Verletzungen und Gefährdung verlest.

Breslau, 3. Sept. Die Ortsgruppe des Deutschen Reichsbundes und Frühlingshalle in Ostern an einer Ortsgemeinschaft in der Schantheim zum dem Kontorhaus Friedrichs eingeladen.

Die Ortsgruppe des Deutschen Reichsbundes und Frühlingshalle in Ostern an einer Ortsgemeinschaft in der Schantheim zum dem Kontorhaus Friedrichs eingeladen.

Die Ortsgruppe des Deutschen Reichsbundes und Frühlingshalle in Ostern an einer Ortsgemeinschaft in der Schantheim zum dem Kontorhaus Friedrichs eingeladen.

Dresden, 3. Sept. Das Volkstheater hat auf Anordnung des Senats des Amtes für den moralischen Sonntag abend Demonstration der Danziger Kommunisten verboten.

In den Saal hineingeworfen.

„Ich habe ich schon den Verdacht, Sie zu kennen, Baron Volkhard, wenn Sie sich auch möglicherweise nicht mehr recht erinnern oder nicht erinnern wollen! Und es geschah, um ganz offen zu sein, Erpitzwegen, daß ich mir die Freiheit nahm, ungebunden und unangemeldet hier einzutreten.“

„Ich habe ich schon den Verdacht, Sie zu kennen, Baron Volkhard, wenn Sie sich auch möglicherweise nicht mehr recht erinnern oder nicht erinnern wollen! Und es geschah, um ganz offen zu sein, Erpitzwegen, daß ich mir die Freiheit nahm, ungebunden und unangemeldet hier einzutreten.“

„Ich habe ich schon den Verdacht, Sie zu kennen, Baron Volkhard, wenn Sie sich auch möglicherweise nicht mehr recht erinnern oder nicht erinnern wollen! Und es geschah, um ganz offen zu sein, Erpitzwegen, daß ich mir die Freiheit nahm, ungebunden und unangemeldet hier einzutreten.“

„Ich habe ich schon den Verdacht, Sie zu kennen, Baron Volkhard, wenn Sie sich auch möglicherweise nicht mehr recht erinnern oder nicht erinnern wollen! Und es geschah, um ganz offen zu sein, Erpitzwegen, daß ich mir die Freiheit nahm, ungebunden und unangemeldet hier einzutreten.“

